

Politik, Parteien, Perspektiven

Autor(en): **Peter, Markus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **2 (1982)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652281>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politik, Parteien, Perspektiven

I.

„Die Meinungen werden in den Fraktionssitzungen gemacht“, kommentierte jüngst ein bürgerlicher Beobachter eine Untersuchung stadtzürcherischer Politik. Gleichzeitig kommt eine zeitgenössische Studie zum Problem der politischen Aktivierung zur folgenden Feststellung: „Im gleichen Zeitraum, in dem ein deutliches Absinken der Partizipation an den institutionellen Formen politischen 'Inputverhaltens' festzustellen ist, vermehren sich nämlich andere, weniger konventionelle Arten politischer Interessenartikulation an der Basis.“ (Kriesi 1981, S. 3)

Die zitierten Stimmen liessen sich beliebig vermehren, vor allem aus Stellungnahmen von politischen Initiativen ausserhalb bestehender Parteien. Alle drehen sich um den Begriff *politische Entfremdung*.

Mit dem Begriff der Entfremdung sind gesellschaftliche Verhältnisse bezeichnet, in denen die Menschen, statt ihre eigenen Lebensbedingungen zu kontrollieren, von diesen Bedingungen oder von Machtstrukturen beherrscht werden. Die politische Entfremdung ist im Staat zentriert. Mit der darin verankerten Trennung von Regierenden und Regierten und der damit betriebenen Monopolisierung gesellschaftlicher Kompetenz in der Hand von Wenigen gegenüber der Inkompetenz Vieler, bildet diese Instanz der politischen Entfremdung zugleich auch den Knotenpunkt des Kampfes gegen die Entfremdung des Politischen.

Dieser Beitrag ordnet sich ein in eine Vielzahl praktischer und theoretischer Bemühungen zur Entwicklung einer demokratischen Politik der Massen selbst. „Politik“ wird dabei nicht im vornherein als etwas „Abgehobenes“ verstanden, sondern im Alltäglichen aufgesucht. *als Eingriff in die gesellschaftlichen Verhältnisse, wie die Menschen sie sich, in einer Perspektive der Veränderung, zum Gegenstand ihres Handelns machen*. Damit soll Politik nicht begrenzt werden auf grosse Reden und Parteitage, auf denen grosse Leitlinien verabschiedet werden. Dass die verschiedenen sozialen Bewegungen von ihren eigenen Lebensbereichen aus auftreten, mit eigenen Interessen, Wünschen und Hoffnungen, soll in diesem Begriff des Politischen mitgedacht werden. Damit werden auch gesellschaftliche Bereiche, die bis anhin als Nicht-Politik gedacht wurden, einbezogen, wie die Kämpfe zwischen den Geschlechtern, Widerstandsformen gegen die Disziplinierung, die Ebene der Sprache und die Umorganisation von Bedeutungen, der Umgang mit Glücksversprechungen der Werbung usw. . .

II.

Die Entwicklung politischer Handlungsfähigkeit von unten wird blockiert durch die strukturelle Anordnung der parlamentarisch-repräsentativen Politik, innerhalb derer die Parteien die Prozesse der Repräsentation von Interessen übernehmen. Darin zeigt sich ein innerer Widerspruch sozialistischer Politik: zwischen den politischen Praxen der *Selbstbestimmung* und *Aktivierung*,

einerseits, und den Praxen der bestehenden Form der Politik der *Repräsentation* und der *Hierarchisierung*, die den Erfordernissen des Kampfes in den staatlichen Apparaten entspricht. Balibar schlägt in diesem Zusammenhang vor, angesichts der inneren „Spaltung“ einer Partei zwischen einem aktiven, an der politischen Kompetenz der staatlichen Apparate teilhabenden Teil und einem passiven, auf korporatistischer Grundlage rekrutierten Teil, nicht von einer Krise der Parteien allgemein zu sprechen, sondern von einer *Krise der Parteiform*. An dieser Stelle der Überordnung staatlicher/parteilicher Institutionen über die Gesellschaft und ihre Mitglieder, kommt eine Institutionalismuskritik an den Parteien zu ihrem Recht (vgl. Rothschild 1981, S. 18 - 29) Doch ohne in einen theoretischen und historischen Rahmen gestellt zu werden, der verhindert, dass die von allen praktischen-politischen Objektbezügen abstrahierende Theorie der institutionellen Verdinglichung zu einer omnihistorischen Notwendigkeit verabsolutiert wird, kann diese Kritik nicht fruchtbar gemacht werden.

„Aber die Unfähigkeit der Partei, diese Probleme (der Spaltung, des Technokratisierungsprozesses an der Spitze M.P.) anzupacken, kann man m.E. nicht erklären, wenn man nicht sieht, dass sie auf der Grundlage eines anderen, weniger manifesten Prozesses entstehen: dem zunehmenden Verlust jeglicher „erzieherischer“ und „kultureller“ Funktion der Parteien in den Massen.“ (Balibar 1982, S. 359)

Verschärft hat sich dieses Problem durch Erfahrungen seitens der sozialen Bewegungen gegenüber einer wahltaktischen, opportunistischen Aufnahme ihrer Losungen durch die politischen Parteien.

Die Weigerung der 80-er-Bewegung, sich auf das Feld der traditionellen Politik einzulassen, kennzeichnet ein partielles Verständnis der Funktionsweise von parlamentarischen Apparaten, ermöglicht durch ein Versagen linker Strategien innerhalb dieser politischen Praxen. *Politische Machtausübung stützt sich zwar auf ideologische Führung, aber sie besteht nicht aus falschen Ideen, Wahrnehmungen etc. . Sie wirkt primär dadurch, dass sie die untergeordneten Klassen in die zentralen Institutionen und Strukturen einfügt (bzw. sich einfügen lässt), welche die Macht und soziale Autorität der dominanten Ordnung stützen.*

Die parteipolitischen Prozesse und die aus ihnen hervorgehenden Handlungen produzieren und reproduzieren erst eigentlich das, was wir als Wirkungszusammenhang dieser Struktur erkennen.

III.

Zur Analyse von politischen Initiativen ausserhalb der bestehenden Politikformen ist es nötig, das traditionellerweise auf den instrumentell aufgefassten Staat und das System der Parteien reduzierte Politikkonzept infragezustellen. Dieses Infragestellen ist sichtbar geworden als ein *Durchbrechen von Grenzziehungen tradiertter politischer Praxen*. Man kann diesen Prozess als eine umfassendere Politisierung der Vergesellschaftung bezeichnen. Buci-Glucksmann spricht in diesem Zusammenhang von einer „Entformalisierung der Politik“, entstanden aus der gegenwärtigen Krise der Repräsentivität

(Buci-Glucksmann 1981, S. 47). *Das Herrschaftsverhältnisse innerhalb der parlamentarischen Apparate sich auf Bereiche und Instanzen ausserhalb dieser Struktur abstützen, sich über ideologische und kulturelle Hegemonie vermitteln, bildet zweifellos die wichtigste Erfahrung der sozialen Kämpfe in den letzten Jahren.*

Das Entstehen von politischen Initiativen ausserhalb des traditionellen Feldes der Politik verweist auf Veränderungsprozesse des gegenwärtigen Kapitalismus, die weit über den nationalen Rahmen hinausgehen.

„Die gegenwärtige Entwicklung und vor allem die Methoden der Arbeitsorganisation, der Formen der Dezentralisation der Produktion, der Ausbildungssysteme, die Artikulation der Erkenntnisse und der Kompetenzen, die Instrumente der Organisation des politischen und sozialen Konsenses haben zu einer Komplikation der sozialen Figuren und Phänomene akuter korporativer Fragmentierung geführt. Die Entwicklung scheint nicht mehr als aggregierende Kraft zu wirken“ (Ingrao 1982, S. 327).

Eine Strategie der sozialistischen Transformation ist konfrontiert mit vielfältigen, nur im internationalen Zusammenhang zu denkenden Entwicklungen, welche die Kräfte der Veränderung und Widerstandspotentiale auseinanderdividieren und fragmentieren. Das Neudenken der Knotenpunkte der Transformation ist konfrontiert mit dem Fehlen organisierender/orientierender Zentren innerhalb der Linken.

IV.

Das Sprechen von einer Krise der Parteien und Aufwerfen als Diskussions-thema, wie das in der Nr. 1 des WIDERSPRUCH gemacht wurde, erzeugt sicherlich eine Auseinandersetzung mit bestehenden Infragestellungen der Funktion von Organisationsstrukturen und ihren politischen Strategien. Doch das Konstatieren einer parteipolitischen Krise als etwas Gegebenes, als etwas unmittelbar Einleuchtendes, verhindert das Bewusstwerden, was genau in Krise geraten ist. Wenn wir uns der Herausforderung dieser Frage stellen, verliert die Krise der Parteien ihre Transparenz. Müssen wir unsere Analyse einfach noch mit einer, innerhalb der Parteigrenze nicht möglichen, umfassenden Emanzipation ergänzen? (Pinkus 1981, S. 5 - 17) Wieso aber dann der Begriff der Krise, wenn es sich darum handelt, Ergänzungen anzubringen und Grenzen aufzuzeigen?

In einem ganz anderen Zusammenhang schlug Poulantzas vor, von einer Parteienkrise allgemein zu sprechen, oder sogar von einer Krise des Parteiensystems als System der Aushandlung von Regierungskompromissen und der Legitimierung und Absicherung der herrschenden Verhältnisse. „Die Dispositive zur Erzeugung des Konsensus verschieben sich von den politischen Parteien und den bis jetzt für diese Funktion spezialisierten Apparaten (Schule, kulturelle Apparate, Familie) auf die staatliche Verwaltung“ (Poulantzas 1978, S. 354) Ausgehend von einer Erschütterung der politischen Hegemonie der Rechten zeigt er auf, dass eine Verschiebung der Formen der Machtausübung in Richtung „autoritärer Staat“ stattfindet. Die innere Schwäche dieses Systems, das Fehlen einer Massenbasis und die Schwierigkeit eines Abbaus

des Parteiensystems, ermöglichten eine Verschiebung innerhalb der politischen Verhältnisse in Frankreich.

Wir können feststellen, dass das Objekt unseres Diskurses noch in vielen anderen Diskussionen auftaucht, sich in seinen Bedeutungen wandelt und an historisch bestimmte, gesellschaftliche Situationen gebunden ist. So spricht Pasquino in Italien von einer Krise der Parteien als einer Schwächung oder Umwandlung der Bindungen zwischen Wählern und Parteien, als einer speziellen Krise aller Massenparteien. Seine besondere Aufmerksamkeit gilt dabei dem zunehmenden Desinteresse gegenüber den Parteien und der damit einhergehenden Schwierigkeit der Repräsentation von Interessen (Pasquino 1982).

Sich die Frage nach einer Krise der Parteien stellen, bedeutet zugleich immer, sich die Frage nach parteipolitischen Handlungszusammenhängen stellen.

Nur aus dem komplexen Bild des gesamten gesellschaftlichen und staatlichen Ensembles, oft auch internationaler Verflechtungen, wird sich die Fragestellung nach einer Krise der Parteien ermitteln lassen. Zu untersuchen sind also Verschiebungen im politischen Kräfteverhältnis, Formen der politischen Organisation, Austragungsformen sozialer Kämpfe und deren Beschränktheit, ebenso die handlungsleitenden, politischen Orientierungen.

V

Wie also entwickeln wir unser Verständnis der gegenwärtig ablaufenden politischen Prozesse in der Schweiz? Und welche Praxis gibt es für eine Theorie sozialistischer Transformation? Wir haben kaum begonnen, die hegemoniale Stabilität des Blocks an der Macht zu untersuchen, und dies auch erst nachdem die ökonomische Krise, entgegen der Erwartung vieler Linker, die bürgerliche Herrschaft nur partiell entstabilisierte. Gleichzeitig sind wir konfrontiert mit einer neoliberalen Offensive, die sich auf den negativen Polen des schleichenden sozialdemokratischen Etatismus verdichtet (staatliche Bevormundung – individuelle Freiheitsrechte, ineffiziente Bürokratie – persönliche Initiative, sozialstaatliche Umverteilung – geringere Steuerbelastung). Der Wahlslogan der FDP 'Mehr Freiheit, weniger Staat' versucht die sozialdemokratische Strategie an der zentralen Stelle zu durchbrechen: an der Durchsetzung sozialer Versorgungsleistungen und rechtspolitischer Kontrollmassnahmen der Wirtschaft mittels des Staates. Diese staatliche Fixierung, von der NZZ als das 'rote Standbein' sozialdemokratischer Politik bezeichnet (Hubachers Trauma, in NZZ 28.2.82), ist aber auch von politischen Initiativen ausserhalb der Parteien zunehmend zu einem Kritikpunkt an der SPS geworden.

Die neoliberale Strategie hält allerdings weiterhin am sozialliberalen Korporatismus (Aushandlung von Tarif- und Sozialpolitik zwischen Unternehmern und Gewerkschaften innerhalb einer Struktur von Vereins- und Staatsinstitutionen) fest (vgl. Kriesi 1981), bildete sie doch bisher die wirksamste Einbindung der Gewerkschaften als die direktesten Organisationsformen der Arbeiterbewegung. Deutlich geworden ist auch, dass bei einer möglichen Spaltung der SPS ein Bruch zwischen Gewerkschaften plus rechter Sozial-

demokratie und Parteimehrheit stattfindet, die Gewerkschaften sich selber weiterhin innerhalb der staatlichen, hegemonialen Strukturen artikulieren werden.

Die neoliberale Offensive kann sich zur Durchsetzung ihrer Politik auf elektorale Erfolge abstützen. Dies trotz einer Verschiebung der Formen der Machtausübung: von den Apparaten der Konsensvermittlung (Parteien, Parlament) zu den Interessenvertretungen innerhalb des Staatsapparates im engeren Sinn (Multis, Verbände, aber auch das zunehmende Gewicht parlamentarischer Kommissionen als Vorentscheidungsgremien). Festzustellen ist zumindest, dass sich die *bürgerlichen Parteien* nicht in einem Zersetzungsprozess befinden, sondern sich mit der Krise des Wohlfahrtsstaates *reorganisieren* und versuchen, die Kräfteverhältnisse zu verändern.

VI.

Die sozialdemokratische, staatliche Umverteilungspolitik stützte sich in ihrer ökonomischen Strategie auf einen keynesianischen Staatsinterventionismus. Zahlreiche Autoren erklären nun das langsame Abbröckeln der sozialdemokratischen Wählerschaft und die Krise des Sozialstaates als objektives Ergebnis, als Grenze redistributiver Sozialpolitik bei einer Phase des schwachen oder Nullwachstums, oder es wird die Finanzkrise des Steuerstaates betont. Sicherlich existieren diese objektiven Grenzen, doch muss auch der politische und kulturelle Charakter einer solchen Regulation betont werden.

„Man riskiert, die Dynamik der Krise zu verkennen und vor allem den Zusammenstoß, der sich um die bewegliche Grenze zwischen Politik und Ökonomie ergeben hat, die Verwicklung von Staat und Markt, die konkreten und fluktuierenden Gehalte des Kompromisses der grundlegenden gesellschaftlichen Kräfte.“ (Ingrao 1982, S. 327)

Der SPS-Programmtext ist daher nicht nur in bezug zu setzen zur Wirtschaftskrise, die in ihrer Ausprägung mitbedingt ist durch die keynesianisch bestrittenen Sozialleistungen, sondern auch als Entwurf, resultierend aus den Kämpfen um die Neuformulierung der politischen Blöcke. Der sozialdemokratische Staatsreformismus entstand in der Kriegszeit, in der die nationale Mobilisierung die Klassenspaltung überbrückte. Damit schufen die politischen Koalitionen eine Basis, auf der die gesellschaftlichen Reformen in der Nachkriegszeit durchgeführt werden konnten. Die Sozialdemokratische Partei selbst stützte sich auf einen breiten, aber passiv populären Konsens von Lohnabhängigen, deren korporatistischen Interessen sie vertrat.

„Und sicherlich, so müsste man präzisieren, war die Sozialdemokratie bei diesen Experimenten mehr als nur eine politische Partei, nämlich eine historische Struktur der Arbeiterbewegung, eine Organisationsform von Gesellschaft und Staat, die sich auf den neuen Industrialismus gründete, den Fordismus. In diesem Sinne hat die politische Entscheidung der organisierten Arbeiterklasse für „Rationalität“ der grossen Unternehmen, für Werte des Wohlstandes, des Fortschrittes und des Massenkonsums alle Bewusstseins- und Praxisformen, im Positiven wie im Negativen durchtränkt.“ (Buci-Glucksmann 1982, S. 27)

Neue Bewegungen treten bei uns in der Regel in Opposition gegen den traditionellen Arbeiterblock auf und konnten von der SPS nicht besonders wirksam in die eigenen Reihen eingegliedert werden.

VII.

Die Notwendigkeit, die Prozesse und Subjekte der sozialen Transformation neu zu denken, setzt voraus, die Anordnung der unterschiedlichen Interessengegensätze und die grossen Problemstellungen dieser Zeit zu studieren. Gleichgerichtete oder entgegengesetzte Artikulation dieser Interessengegensätze bestimmen über Erfolgsschranken politischer Strategien. So sieht Ingrao in seiner Einschätzung der heutigen Zeit fundamentale Gründe, die Zielsetzung des Friedens und die Antwort auf die Entwicklungskrise eng miteinander zu verbinden.

„Wir brauchen aber ein klares Bewusstsein davon, dass diese Verbindung nicht spontan aus den Fakten entstehen wird. Sondern aus den Restrukturierungsprozessen und Konflikten der Krise wird es zu einer gleichzeitigen, aber oft getrennten und widersprüchlichen Aktualisierung einer Reihe von Bedürfnissen kommen. (Ingrao 1982, S. 328 . Hervorhebung, mp)

Misst man die Parteien an der Herstellung möglicher Zusammenhalte, an der Rekomposition fragmentierter Kämpfe, an der Entwicklung kollektiver Kräfte mit neuen Entfaltungsmöglichkeiten der Individuen, so sieht die Bilanz schlecht aus, trugen sie doch bisher mehr dazu bei, die Kräfte auseinanderzudividieren und die Produktivität politischer Initiativen zu instrumentalisieren. Sollten die verschiedenen Prozesse, Subjekte und Positionen in einen inneren Zusammenhalt artikuliert werden, so bedarf es dazu einer *Widerspruchskultur*, die mögliche Dissense nicht ausgrenzt, sondern provokativ als produktives Element fruchtbar machen kann.

Dieser Prozess der Veränderung bestehender Fronten, der Aufhebung der Spaltung und Parteiung der emanzipatorischen Kräfte, wird die Beteiligten verändern, kann aber nur Perspektive sein, wenn er die einzelnen Individuen als Veränderer beteiligt.

LITERATUR

- Balibar E., 1982: Die Krise der Parteiform in der Arbeiterbewegung, Argument 133
- Buci-Glucksmann, Ch., 1981: Formen der Politik und Konzeptionen der Macht. in Argument Sonderband 78
- Buci-Glucksmann Ch., 1982: Der sozialdemokratische Staat
- Büttler H., 1979: Freiheit und Gleichheit im Widerstreit, in: Liberalismus-nach wie vor, NZZ-Verlag
- Haug F., 1981: Männergeschichten, Frauenbefreiung, Sozialismus. Argument 129
- Haug W.F., 1980: Standpunkt und Perspektive materialistischer Kulturtheorie. Argument-Sonderband 47
- Haug W.F., 1981: Strukturelle Hegemonie, Argument 129
- Hall St., 1982: Labour, Sozialdemokratie, Sozialismus. Interview, Argument 135

- Jäger M., 1980: Ökonomie und Politik des Sozialliberalen Korporatismus, in Argument-Sonderband 51
- Jäger M., 1982: Integrationskrise der SPD. Argument 135
- Ingrao P., 1979: Massenbewegung und politische Macht
- Ingrao P., 1982: Elemente einer neuen Logik der Politik. Argument 133
- Kriesi Hp., 1981: Politische Aktivierung in der Schweiz.
- Mouffe Ch., 1981: Die Demokratie und die neue Rechte. in: Prokla 44
- Pasquinelli C., 1981: Feministische Bewegung, neue Subjekte und Krise des Marxismus. in: Argument-Sonderband 78
- Pasquino G., 1981: Crisi dei partiti e governabilità
- Pinkus T., 1981: Die Parteigrenze der Emanzipation. Widerspruch 1
- Poulantzas N., 1978: Staatstheorie
- Priester K., 1981: Studien zur Staatstheorie des italienischen Marxismus: Gramsci und Della Volpe
- Rothschild B., 1981: Institutionalismus-Wurmstich der Parteien, Widerspruch 1

*

Inserat



15 Rappen

- automatisch sortieren GRATIS
- Verkleinerungen stufenlos bis 61 %
- Vergrößerungen bis A3
- A3 - Kopien auch aus Büchern



Seilergraben 41 - 8001 Zürich - 251 49 34
 Uni.-Str. 25 - 8006 Zürich - 47 35 54
 Josefstr. 32 - 8005 Zürich - 42 49 48